

2 Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

2.1 Europäische Verordnungen und Gesetze

Vor dem verabschiedeten Energie- und Klimapaket der EU gab es bereits Klimarahmenkonventionen, unter anderem von den Vereinten Nationen (UNFCCC). Eines der Bekanntesten ist das Zusatzprotokoll vom 11.12.1997: Das Kyoto-Protokoll. Einige dieser Protokolle und Konventionen beinhalten in erster Linie allgemeine Vereinbarungen zur Bekämpfung der Klimaerwärmung. Auch wenn man ihren direkten Einfluss auf die Entwicklung der Energiepolitik der Europäischen Union²² nicht von der Hand weisen kann, sind folgend Regularien aufgelistet, die unmittelbar Auswirkungen auf die europäische Strombranche haben. Die daraus entstandenen Rahmenbedingungen zum Ausbau erneuerbarer Energien (EE) und damit auch zunehmend dezentraler Stromerzeugung haben die Smart Meter Technologie gepusht und wären ohne Smart Meter Infrastrukturen auch schwer zu bewältigen.

20. November 1996

Das Grünbuch „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energiequellen“ [KOM(96) 576] wurde vorgelegt, um damit erstmals auf EU-Ebene in das Thema einzusteigen. Zur Erklärung: „Ein Grünbuch der Europäischen Kommission ist ein Farbbuch, das als Diskussionspapier zu einem bestimmten Thema, insbesondere Vorlagen für Verordnungen und Richtlinien, mit dem Zweck, auf diesem Gebiet eine öffentliche und wissenschaftliche Diskussion herbeizuführen und grundlegende politische Ziele in Gang zu setzen, dient. Häufig wird eine Reihe von Ideen oder Fragen aufgeworfen und Einzelne sowie Organisationen zu Beiträgen aufgefordert. Nächster Schritt ist oft ein Weißbuch, welches offizielle Vorschläge zusammenfasst“²³.

19. Dezember 1996

Die Richtlinie [96/92/EG] des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend gemeinsamer Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt wird beschlossen. Die Richtlinie sah vor, zur Verwirklichung des gesamteuropäischen Elektrizitätsbinnenmarkts, die innerstaatliche Organisation der Energieversorgung auf Wettbewerb aufzubauen. Dazu sollten die betroffenen Unternehmen verpflichtet werden,

22 vgl. EurActiv, Energie und Klimawandel: Auf dem Weg zu einer umfassenden Klimapolitik, <http://www.euractiv.com/de/energie/energie-klimawandel-weg-umfassenden-eu-politik/article-160987>, (Stand: 20.07.2011)

23 Wikipedia, Europäische Kommission Grünbuch, http://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%BCnbuch_%28Europ%C3%A4ische_Kommission%29, (Stand: 20.07.2011)

für die verschiedenen Unternehmensbereiche (Erzeugung, Übertragung, Verteilung) getrennte Konten zu führen (sog. buchhalterische Entflechtung). Diese getrennte Buchführung ermöglicht eine Trennung des natürlichen Monopols des Netzbetriebs von der (durch Wettbewerb organisierbaren) Stromversorgung. Die Regelungen müssen bis zum 19.02.1999 in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden (Art. 27 Abs.1).²⁴

November 1997

Folgend auf die Debatten des Grünbuchs von 1996 erscheint das Weißbuch „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger“ [KOM(97) 599]²⁵ für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan der EU. Darin setzt die Union sich das Ziel den derzeitigen Anteil erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch von nur 6 % bis zum Jahr 2010 auf über 12 % zu verdoppeln, davon bei Strom einen Anteil von 22,1 %. Es wird neben Einsparungen bei Brennstoffkosten und CO₂-Emissionen davon unter anderem ein großer wirtschaftlicher Nutzen erwartet durch die Schaffung von 500.000 bis 900.000 neuen Arbeitsplätzen. Es startet eine Kampagne für den Durchbruch erneuerbarer Energieträger, wobei vier zentrale Aktionen gefördert werden:

- Installation von einer Million Photovoltaikanlagen (je 500.000 im Binnenmarkt und Export)
- Erzeugung von 10.000 MW in großen Windparks
- Erzeugung von 10.000 MWth in Biomasse-Anlagen
- Integration erneuerbarer Energieträger in 100 Gemeinden, Regionen, Städten und Inseln (als Pilotprojekte)

19. Februar 1999

Termin zur Umsetzung der Richtlinie [96/92/EG] vom Dezember 1996.

27. September 2001

Um den Verpflichtungen aus dem Weißbuch und dem Kyotoprotokoll von 1997 nachzukommen, erfolgt die Richtlinie [2001/77/EG] zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die EU-Länder müssen nun regelmäßig Berichte zum Fortschritt der nationalen und gemeinschaftlichen Bemühungen veröffentlichen. Es sind insbesondere folgenden Maßnahmen vorgesehen:

- Bewertung der Herkunft des Stroms um dessen Handel zu fördern und die Transparenz für die Verbraucher zu verbessern
- Die Kosten des Netzanschlusses für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen in das Netz werden reguliert

²⁴ vgl. Wikipedia, Energiewirtschaftsgesetz, <http://de.wikipedia.org/wiki/Energiewirtschaftsgesetz>, (Stand: 20.07.2011)

²⁵ Europa KOM(1997) 599, Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com97_599_de.pdf, (Stand 28.12.2009)

- Reduktion der Einstiegshürden in den administrativen Verfahren für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen

26. Juni 2003

Eine neue EU-Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt wird erlassen [2003/54/EG]. Sie beschäftigt sich mit der Entflechtung und Liberalisierung und bringt die bisherigen Regelungen damit auf den neuesten Stand. Sie löst die veraltete Richtlinie ab [96/92/EG].²⁶

31. März 2004

Die europäische Messgeräte Richtlinie [2004/22/EG] wird erlassen.²⁷ Sie ist bedeutsam durch ihre Auswirkungen auf die Anforderungen an einen Messstellenbetreiber oder Messdienstleister. Neben den technischen Anforderungen an die Messgeräte wurde für diese auch eine „CE“-Kennzeichnungspflicht eingeführt. Die Richtlinie muss in den Mitgliedsstaaten bis zum 30.04.2006 umgesetzt sein (vgl. Artikel 24). Weiterhin soll die Kommission vor dem 30.04.2011 über die Durchführung dieser Richtlinie Bericht erstatten und auch auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Berichte gegebenenfalls einen Änderungsvorschlag unterbreiten.

April 2004

Durch die EU-Osterweiterung bedingt wurde der durch die Europäische Union zu erbringende Anteil an erneuerbaren Energiequellen bei der Stromerzeugung von 22,1 % auf 21 % gesenkt.

27. Oktober 2005

Während des EU-Gipfeltreffens in Hampton Court wird durch die britische Ratspräsidentschaft das Ziel einer gemeinsamen Energiepolitik formuliert. Die Staats- und Regierungschefs stimmten diesem Ziel grundsätzlich zu.

1. Januar 2006

Der russisch-ukrainische Gasstreit geht in eine neue Runde. Russland stoppte wie angedroht die Gaslieferungen an die Ukraine und speiste nur noch das für die EU bestimmte Gas in das ukrainische Leitungssystem ein. In den zahlreichen ost- und mitteleuropäischen Ländern wurden vorübergehende Lieferschwankungen registriert. Dies erklärte Russland damit, dass die Ukraine weiterhin Erdgas für den Eigenbedarf abzwinge und europäisches Erdgas im Wert von 25 Millionen Dollar

²⁶ vgl. Europa 96/92/EG Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, http://www.verivox.de/Power/gesetze/Richtlinie_fuer_den_Elektrizitaetsbinnenmarkt.pdf (Stand: 05.03.2010)

²⁷ vgl. Europa 2004/22/EG, Richtlinie über Messgeräte, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:135:0001:0080:DE:PDF>, (Stand: 20.07.2011)

gestohlen habe.²⁸ Der Streit führte Europa seine Abhängigkeit von Importen und die Unzulänglichkeit seiner 25 unterschiedlichen Politiken gegenüber ausländischen Energieanbietern erneut vor Augen.

8. März 2006

Die EU-Kommission veröffentlicht ein Grünbuch²⁹ mit dem Ziel, eine „nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere“ Energieversorgung innerhalb der EU sicherzustellen. Es enthält die sechs Schwerpunktbereiche:

- Vollendung der europäischen Binnenmärkte für Strom und Gas (zu einem großen Gesamtmarkt)
- Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Falle von Versorgungsunterbrechungen, dazu auch die Bildung von Erdgasnotvorräten
- Diversifizierung des Energiemix unter Berücksichtigung unterschiedlicher nationaler Energiepolitiken, dazu auch die Überprüfung der EU-Energiestrategie
- ein integrierter Ansatz für den Klimaschutz, verbunden mit einer wirksamen Energieeffizienzpolitik
- ein strategischer Plan zur Entwicklung und Einsatz innovativer europäischer Energietechnologien ist notwendig, entwicklungsbeschleunigende, marktöffnende und marktdurchdringende Maßnahmen sind mit politischen Mitteln zu ergänzen
- auf dem Weg zu einer kohärenten Außenpolitik durch eine gemeinschaftliche EU-Energiepolitik

5. April 2006

Die EU verabschiedet eine neue Energieeffizienzrichtlinie [2006/32/EG]³⁰ zur Verringerung von Treibhausgasemissionen wird es als sinnvoll erachtet, die Energieeffizienz zu steigern und jährlich 1 % Energie einzusparen. Dem Endverbraucher sollen ausreichende und zweckdienliche Informationen über seinen individuellen Verbrauch gegeben werden. Nur er entscheidet selbst über die von ihm verbrauchte Energie. So rechtfertigt die Richtlinie auch, Regelungen über das Zähl- und Messwesen in den Richtlinien text aufzunehmen.

Die Regelungen der Richtlinie sollen bis zum 17.05.2008 in nationales Recht umgesetzt werden. Problematisch dabei sind die Vorbehalte der technischen Machbarkeit, finanzieller Vertretbarkeit und Angemessenheit zu den potenziellen Energie-

28 Wikipedia, Russisch-ukrainischer Gasstreit, http://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-ukrainischer_Gasstreit#Konflikt_2005.2F2006, (Stand: 22.12.2009)

29 Europa KOM(2006) 848, Fahrplan für erneuerbare Energien, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0848:FIN:DE:PDF>, (Stand: 10.01.2010)

30 Europa 2006/32/EG, Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:114:0064:0064:DE:PDF>, (Stand: 07.01.2010)

einsparungen, die die Verbindlichkeiten der Richtlinie aufweichen. Denn damit bleiben für unwillige Staaten Schlupflöcher offen, um sich der Umsetzungspflicht vorerst zu entziehen.

30. April 2006

Termin zur Umsetzungspflicht der europäischen Messgeräte Richtlinie [2004/22/EG] mit dessen Anforderungen an Messstellenbetreiber oder Messdienstleister in nationales Recht.

10. Januar 2007

Die Kommission legt ihr Energie- und Klimapaket vor, einschließlich einer Überprüfung der Energiestrategie, die sich sowohl auf die externen als auch die internen Aspekte der EU-Energiepolitik konzentriert. Die bisherigen Fortschritte wurden im Großen und Ganzen von nur wenigen Mitgliedsstaaten erzielt. Dies wird als ein Versagen der Politik und als Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft gesehen, den politischen Erklärungen auch politische und wirtschaftliche Taten folgen zu lassen.³¹ Das Paket enthält Vorschläge für spezifische verbindliche Ziele für die Europäische Union als Gesamtheit:

- Erneuerbare Energien (20 % bis 2020)
- Biokraftstoffe (10 % bis 2020)
- Senkung der Treibhausgasemissionen (20 % bis 2020)

9. März 2007

Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft billigen die Staats- und Regierungschefs der EU das Paket und einigen sich auf einen zweijährigen Aktionsplan, um eine gemeinsame Energiepolitik ins Leben zu rufen und damit einen Fahrplan zur Umsetzung der verbindlichen Ziele zu schaffen. Dieser beinhaltet unter anderem³²:

- die wirksame Trennung von Versorgung und Erzeugung von Betrieb der Netze
- Stärkung der Unabhängigkeit nationaler Regulierungsbehörden
- ein effizienteres System für den grenzüberschreitenden Elektrizitätshandel und Netzbetrieb, einschließlich der Ausarbeitung technischer Normen
- die Verbesserung des Wettbewerbs und der Versorgungssicherheit durch leichtere Einbindung neuer Kraftwerke in das Elektrizitätsnetz in allen Mitgliedstaaten, insbesondere zugunsten neuer Marktteilnehmer (vornehmlich erneuerbare Energien)
- mehr Transparenz für den Energiemarkt
- besserer Verbraucherschutz

Juli 2007

Die freie Wahl des Stromversorgers für private Haushalte wird möglich.

³¹ vgl. Europa KOM(2006) 848, S. 10

³² vgl. Europa 7224/1/07 REV 1, S. 16f

19. September 2007

Die Kommission schlägt ihr drittes Paket zur Energieliberalisierung vor, um die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte zu vollenden. Auslöser war unter anderem die Ablehnung von Mitgliedsstaaten wie Deutschland und Frankreich, in denen große Energiekonzerne ansässig sind, gegenüber der eigentumsrechtlichen Entflechtung von Energieübertragung (Netzbetreiber) und Energieerzeugung. Sie finden keinen logischen Zusammenhang darin, dass die Liberalisierung auch die Entflechtung beinhaltet, und sehen mitunter die Qualität ihrer Versorgungsnetze gefährdet, wenn deren Obhut aus der Hand gegeben wird.³³

22. November 2007

Mitteilung der Kommission zum Europäischen Strategieplan für Energietechnologie [KOM(2007) 723]. Der SET-Plan (Strategic Energy Technology Plan) beinhaltet die Stärkung der Forschung in diesem Bereich. Unter anderem soll die Technologie kommerzialisiert werden, um damit auch die Einbindung erneuerbarer Energiequellen in die Stromnetze zu verbessern.³⁴

März 2008

Der EU-Gipfel einigt sich auf die Annahme des Energie- und Klimapakets (vorgelegt Januar 2007) bis Ende 2008.

17. Mai 2008

Termin zur Umsetzungspflicht der Energieeffizienzrichtlinie [2006/32/EG] in nationales Recht, wonach dem Endkunden ausreichende und zweckdienliche Informationen über den individuellen Verbrauch gegeben werden sollen. (vgl. Art. 18 Abs. 1)

11. September 2008

Der Industriausschuss im Europäischen Parlament nimmt fast einstimmig einen Bericht zur Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 20 % bis 2020 an.³⁵

7. Oktober 2008

Der parlamentarische Umweltausschuss nimmt mit großer Mehrheit drei separate Berichte zum Emissionshandel, Reduktion der Treibhausgasemissionen, Aufteilung der ‚Anstrengungen‘ und CO₂-Abscheidung und -Speicherung an. Für die

33 vgl. EurActiv, EU legt Pläne für Entflechtung der Energieriesen vor, <http://www.euractiv.com/de/energie/eu-legt-plne-entflechtung-energieriesen/article-166896>, (Stand: 20.07.2011)

34 vgl. Europa KOM(2007) 723, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0723:FIN:DE:PDF>, (Stand: 14.01.2010)

35 vgl. EurActiv, Europaabgeordnete stärken Industrie für Erneuerbare Energien, <http://www.euractiv.com/de/energie/europaabgeordnete-strken-industrie-erneuerbare-energien/article-175310>, (Stand: 20.07.2011)

Strombranche wichtigster Punkt ist, dass der Stromsektor sämtliche CO₂-Emissionsrechte nach 2013 ersteigern sollte. Damit wird auch in dieser Hinsicht emissionsarmer „grüner“ Strom interessanter für die Branche.

11. und 12. Dezember 2008

Der EU-Gipfel einigt sich auf endgültige Fassung des Energie- und Klimapakets.

17. Dezember 2008

EU Staats- und Regierungschefs einigen sich auf eine revidierte Richtlinie über erneuerbare Energien und stimmen dem Energie- und Klimapaket zu.³⁶

6. April 2009

Der Ministerrat verabschiedet die finalen gemeinschaftlichen Gesetzestexte für das Energie- und Klimawandelpaket.

30. Juni 2009

Die EU gibt eine Vorlage für nationale Aktionspläne für erneuerbare Energien (NREAP: National Renewable Energy Action Plan) heraus. Mit einer allgemeinen Vorlage sollen die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten vergleichbarer werden.³⁷

13. Juli 2009

Die EU-Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt wird wieder erneuert und löst die alte Richtlinie ab.³⁸ Die Entflechtung der Energiemärkte soll durch die Mitgliedsstaaten im März 2012 abgeschlossen sein.

26. März 2010

Der EU-Gipfel soll einen Energie-Aktionsplan für den Zeitraum ab 2010 annehmen.

30. Juni 2010

Frist für EU-Staaten, ihren nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien der EU zu präsentieren.

36 vgl. EurActiv, EU legt Pläne für Entflechtung der Energieriesen vor, <http://www.euractiv.com/de/energie/eu-legt-plne-entflechtung-energieriesen/article-166896>, (Stand: 20.07.2011)

37 EurActiv, Erneuerbare Energie: EU gibt Vorlage für nationale Pläne heraus, <http://www.euractiv.com/de/energie/erneuerbare-energie-eu-gibt-vorlage-nationale-plne-heraus/article-183649>, (Stand: 20.07.2011)

38 Europa 2009/72/EG, über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt, http://energy.iep-berlin.de/pdf/1/Beschluss_Elektrizitaetsbinnenmarkt.pdf, (Stand: 20.07.2011)

November 2010

Die Kommission soll einen Aktionsplan zum Energiesparen für 2010 und danach präsentieren und verabschieden.

Bis 30. April 2011

Termin zur Überprüfung der europäischen Messgeräte Richtlinie [2004/22/EG] durch die EU-Kommission.

2012

Die EU Länder sollen einen ersten Bericht über nationale Maßnahmen einreichen, die zur Respektierung der Nachhaltigkeitskriterien unternommen wurden.

3. März 2012

Frist zur Entflechtung von Übertragungsnetzbetreibern von Erzeugung und Versorgung im Bereich Strom.

Bis Dezember 2014

Die EU-Kommission soll die Richtlinie über Treibhausgasemissionen revidieren und verfügbare Technologien mit einbeziehen.

2018

Die Kommission soll einen Energieplan für den Zeitraum nach 2020 präsentieren.

2020

Zieldatum, bis zu dem 20 % des Stroms innerhalb der EU aus erneuerbaren, regenerativen Quellen stammen muss.

Die systematische Umstellung auf neue Zählertechnologien (Smart Meter, digitale Zähler) wird durch Art. 13 der Energieeffizienzrichtlinie der EU seit 2006 gefordert.

2.2 Verordnungen und Gesetze in Deutschland

Die Struktur und Entwicklung einer Branche innerhalb eines Landes wird maßgeblich durch die dort national geltenden Gesetze und die sich daraus ergebenden (gesetzlichen) Rahmenbedingungen beeinflusst. Dies gilt natürlich insbesondere für die Strombranche in Deutschland, dem EU-Mitgliedsstaat mit den meisten Stromzählern (circa 43 Millionen).

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen lassen sich in Gesetze, die aus der nationalen Politik hervorgehen und in auf nationaler Ebene umzusetzendes EU-Recht gruppieren. Gründe für ein neues Gesetz sind zum Beispiel die gewünschte Verwirklichung von Zielsetzungen der momentanen Bundesregierung bzw. der Europäischen Union. Gängiges Mittel zur Realisierung der Umsetzung sind Subventionen, gesetzliche Erleichterungen für die Einführung innovativer Technologien sowie reduzierte Steuerabgaben. Die Rahmenbedingungen ändern sich auch durch

die Abänderung bestehender Gesetze auf einen zeitgemäßen Stand oder durch Berücksichtigung aktueller (technischer oder prozessualer) Entwicklungen und Neuerungen.

EU-Vorgaben müssen in der Regel bis zu einem festgelegten Umsetzungstermin durch entsprechend formulierte nationale Gesetze verwirklicht werden.

Eines der Hauptargumente für Smart Meter ist der generell geplante Ausbau dezentraler und umweltfreundlicher Stromerzeugung in Deutschland zum Beispiel durch einen steigenden Anteil von dezentralen Solar- und Windkraftanlagen. Um bei diesen durch Umwelteinflüsse stark betroffenen Technologien auch in Zukunft den Lastausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch gewährleisten zu können, ist auch eine erhöhte Transparenz und Aktualität der Endkunden-Verbrauchsdaten notwendig. Damit besteht eine enge Korrelation zwischen der dezentralen, regenerativen Stromerzeugung und der Datenaktualität von Smart Metern. Durch die gewünschte Reduzierung von Treibhausgasemissionen hat EE-Strom (EE: Erneuerbare Energie) bereits seit Jahren eine Sonderrolle und wird bewusst gefördert – und damit auch implizit die Einführung von Smart Metern.

Gesetze und Regelungen, die für die Entwicklung von Smart Metern und EE-Strom zusammenhängen, werden im Folgenden aufgelistet. Auszüge aus relevanten Paragraphen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) befinden sich im Anhang.

Die folgende Abbildung gibt einen zeitlichen Überblick über die Entwicklungen des EnWG, des Stromeinspeisungsgesetzes (StromEinspG) und der Ausgleichsmechanismusverordnung (AMV).

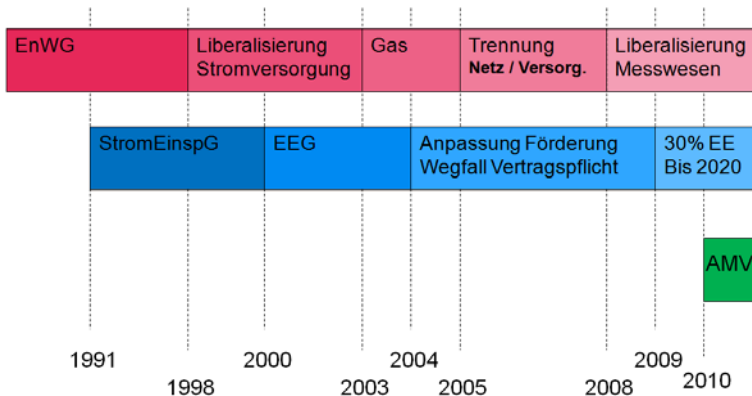


Abbildung 2-1: Wichtige Gesetze bzgl. der Energiewirtschaft in Deutschland

16. Dezember 1935 Monopolzeit

Das Energiewirtschaftsgesetz wurde ursprünglich am 13.12.1935 verfasst und trat am 16.12.1935 in Kraft. Es enthält grundlegende Regelungen zum Recht der leistungsgebundenen Energie. Es untermauerte die damals herrschende wirtschaftliche Praxis, nach der die Energieversorgungsunternehmen (meist Stadtwerke) sich

durch exklusive Konzessionsverträge mit den Kommunen und gegenseitige Demarkationsverträge Gebietsmonopole sicherten.

Das formulierte Ziel bestand in einer möglichst billigen und sicheren Energieversorgung, einheitlich als Verbund von Netzbetrieb und Energielieferung verstanden. Dies sollte durch die Dezentralisierung der Energieversorgung erreicht werden und wurde als natürliches Monopol manifestiert. Der Ausschluss des Wettbewerbs durch diese Regelungen sollte als Schutz vor seinen „volkswirtschaftlich schädigenden Auswirkungen“ dienen.

Die Entscheidung für eine Stärkung dezentraler Energieversorgung verfolgte aber insbesondere auch militärische Zwecke: Die herrschende NSDAP wollte eine Energieversorgung durch zentrale Großkraftwerke vermeiden, da diese leichte Ziele für Luftangriffe hätten darstellen können. In diesem Ziel sowie in der starken Betonung des Gemeinwohls und dessen Sicherung durch das Führerprinzip wird der national-sozialistische Grundtenor deutlich. Prinzipiell war das Gesetz in seiner konkreten Ausgestaltung eher technischer Natur, weshalb es auch – mit geringen Änderungen – für mehr als 50 Jahre nach Ende der national-sozialistischen Herrschaft in Kraft bleiben konnte.³⁹

Auch das 1957 erlassene Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) gestattete als Ausnahme weiterhin die Demarkationsverträge zwischen Energieversorgungsunternehmen.

1. Januar 1991 Stromeinspeisungsgesetz

Das deutsche Stromeinspeisungsgesetz, das am 07.12.1990 beschlossen wurde, tritt in Kraft. Es geht zurück auf die Eigeninitiative des CDU-Bundestagsabgeordneten Matthias Engelsberger am Ende von dessen aktiver Bundestagszeit.⁴⁰ Es beinhaltet erstmals die Verpflichtung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen, den in ihrem Versorgungsgebiet erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen und zu vergüten. Dabei wird die Vergütung für verschiedene erneuerbare Energien auf mindestens 75 % des Durchschnittserlöses aus der Stromabgabe von Elektrizitätsversorgungsunternehmen an alle Letztverbraucher festgelegt. Für Strom aus Sonnenenergie und Windkraft gilt sogar eine Vergütung von mindestens 90 % anhand des Durchschnittserlöses.

Als Ausnahme gibt es eine Härteregelung, falls das Elektrizitätsversorgungsunternehmen mit der Umsetzung seinen Verpflichtungen nach der Bundestarifordnung Elektrizität dadurch nicht mehr nachkommen könnte. In diesem Fall gehen die Verpflichtungen auf das vorgelagerte Elektrizitätsversorgungsunternehmen über. Als weitere Härteklausel gilt, wenn durch die Mehrkosten die Preise derart ange-

39 vgl. Wikipedia, Energiewirtschaftsgesetz, <http://de.wikipedia.org/wiki/Energiewirtschaftsgesetz>, (Stand: 20.07.2011)

40 vgl. Wikipedia, Stromeinspeisungsgesetz, <http://de.wikipedia.org/wiki/Stromeinspeisungsgesetz>, (Stand: 20.07.2011)

hoben werden müssen, dass dadurch ein spürbarer Wettbewerbsnachteil entsteht.⁴¹

Zumindest für die Windkraft sind die Mindestvergütungen zu dem Zeitpunkt ungefähr kostendeckend, was zu einem ersten Windkraft-Boom in Deutschland führte.

November 1997 EU-Aktionsplan: Deutschland vorne mit dabei

In Deutschland wurden infolge des Stromeinspeisungsgesetzes von 1991 erheblich neue EE-Kapazitäten geschaffen. Für den Zeitraum 1995–1998 hat die Bundesregierung zur Förderung erneuerbarer Energieträger ein 100-Millionen-DM-Programm eingeleitet. Forschung und Technologieentwicklung (FTE) spielt eine wichtige Rolle; es gibt ein Demonstrationsprogramm für 250 MW Windenergie. 30 % der Mittel des FTE-Programms der Bundesregierung wurden für erneuerbare Energieträger bereitgestellt. Kampagnen zur Förderung thermischer Anwendungen der Sonnenenergie einerseits und der Photovoltaik andererseits (1000-Dächer-Programm) haben maßgebliche Auswirkungen gehabt. Bei der Windenergie steht Deutschland weltweit an zweiter Stelle, auch dank dem Stromeinspeisungsgesetz.⁴²

29. April 1998 Liberalisierung des Energierechts (EnWG)

Das „Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts“ wurde am 28.11.1997 vom Bundestag beschlossen und trat am 29.04.1998 in Kraft. Das Gesetz diente der Umsetzung der EG-Richtlinie [96/92/EG] zum Energiebinnenmarkt und musste bis 19.02.1999 in nationales Recht übergegangen sein.⁴³

In Artikel 1 enthielt es das neu gefasste „Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)“ in Art. 2 wurde die Ausnahme des §103 GWB für Demarkationsverträge der Energieversorgungsunternehmen aufgehoben und wird im Energiewirtschaftsgesetz durch einen diskriminierungsfreien Netzzugang dritter Stromanbieter ergänzt. Das Gebietsmonopol umfasst nunmehr nur noch den Netzbetrieb, da Dritten die Durchleitung von Strom durch das Netz gestattet werden muss. Damit können dritte Unternehmen Strom bei einem Stromerzeuger kaufen und über die Netze der Gebietsmonopolisten zu einem Abnehmer liefern.

Eingeführt wurde weiterhin eine getrennte Buchführung unter anderem für Elektrizitätsübertragung und Elektrizitätsverteilung. In der internen Rechnungslegung sind für diese Bereiche jeweils getrennte Konten zu führen als wären sie rechtlich selbstständige Unternehmen (vgl. §10 EnWG).

41 vgl. Bundesgesetzblatt 1990, <http://archiv.jura.uni-saarland.de/BGBl/einstieg.html>, (Stand: 20.07.2011)

42 vgl. Europa KOM(97) 599, S. 55

43 vgl. Europa 96/92/EG, Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, http://www.verivox.de/Power/gesetze/Richtlinie_fuer_den_Elektrizitaets-binnenmarkt.pdf, (Stand: 05.03.2010)

Trotzdem gab es bei der Umsetzung Defizite. Formelle Gleichbehandlung Dritter beim Netzzugang kann bei überhöhten Preisen dennoch die Energieversorgungsunternehmen bevorzugen (überhöhte Rechnungen, die der Versorgungsbereich des Unternehmens zahlt, kommen dem Netzbetrieb des Unternehmens zugute). Also entweder Regulierung oder konsequente eigentumsrechtliche Entflechtung. Das Gesetz war mit 19 Paragraphen wesentlich kürzer als das aktuelle Energiewirtschaftsgesetz mit 136 (118 plus weitere Unterparagraphen a. b. c usw.) Paragraphen.⁴⁴

1. April 2000 Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)

Das Stromeinspeisungsgesetz wird durch das EEG vom 29.03.2000 ersetzt. Dabei wurde die geothermisch erzeugte Energie einbezogen und die Förderung neben einer generellen Absenkung auf kleinere Anlagen konzentriert, um ihren Charakter als Anschubförderung zu erhalten.⁴⁵

27. Mai 2003 erste Novelle EnWG

Die erste Energierechtsnovelle tritt in Kraft und beschäftigt sich im Wesentlichen nur mit der Umsetzung der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie.

1. August 2004 erste EEG-Novellierung

Die novellierte Fassung des EEG ist am 01.08.2004 in Kraft getreten. Vorausgegangen war eine Einigung im Vermittlungsausschuss, bei der die CDU/CSU eine Reduzierung der Förderung von Windkraftanlagen erreichte. Neben der erforderlich gewordenen Anpassung an die von der EU erlassene Richtlinie 2001/77/EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt betrafen wesentliche Punkte der novellierten Fassung die Höhe der Fördersätze sowie die bessere juristische Stellung der Betreiber von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien gegenüber den örtlichen Netzbetreibern (u.a. Wegfall der Vertragspflicht).⁴⁶

13. Juli 2005 zweite Novelle EnWG

Der Gesetzgeber erkannte, dass sein erster Versuch der Liberalisierung der Energiemärkte in weiten Teilen gescheitert war. Das Gesetz musste also überarbeitet werden.

Unter anderem mussten ab Inkrafttreten der Überarbeitung größere Energieversorger (mit mehr als 100.000 angeschlossenen Kunden) ihren Netzbereich von allen

44 vgl. Wikipedia, Energiewirtschaftsgesetz, <http://de.wikipedia.org/wiki/Energiewirtschaftsgesetz>, (Stand: 20.07.2011)

45 vgl. Wikipedia, Erneuerbare Energien Gesetz, http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Erneuerbare-Energien-Gesetz_.282000.29, (Stand: 20.07.2011)

46 ebenda

anderen wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb des Unternehmens trennen (vgl. §7 EnWG).

Weiterhin entstand im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit des Bundestages §21b EnWG. Eine Gesetzesbegründung, die den Entwurf in verwertbarer Form erläutert existiert jedoch nicht, lediglich ein zur Interpretation des Gesetzes unbrauchbarer Hinweis, dass die schrittweise Liberalisierung des Messwesens beabsichtigt sei.

Von Energieeffizienz und der Schaffung der Voraussetzungen für Energieeinsparungen war damals noch nicht die Rede. Ebenso wenig war dem Gesetzgeber damals der Entwurf einer Energieeffizienzrichtlinie bekannt. Dass die Brüsseler Arbeiten an der Energieeffizienzrichtlinie und §21b EnWG etwas miteinander zu tun hätten, lässt sich nicht belegen. Die ursprüngliche Fassung von §21 EnWG kann damit nur mit Liberalisierungserwägungen begründet werden. Die Norm litt jedoch an zwei entscheidenden Fehlern:

Zum einen wurde nur der Zählerbetrieb liberalisiert und nicht die Messung. Die Beauftragung eines Dritten lediglich zum Betrieb eines Zählers, der jedoch weiterhin zur Messung vom Netzbetreiber verwendet wird, erscheint wenig plausibel.

Zum anderen konnte der Wunsch den Betreiber der Messeinrichtung zu wechseln nur durch den Anschlussnehmer geäußert werden. Der Anschlussnehmer ist aber nicht notwendigerweise der mit Strom versorgte Kunde, sondern bei einem Mietverhältnis üblicherweise der Eigentümer des Objekts. Ein Stromkunde konnte seinen Wunsch nach einem intelligenten Zähler damit ohne Zustimmung seines Vermieters nicht umsetzen.

Diese beiden Geburtsfehler haben dazu geführt, dass bis ins Jahr 2008 nahezu keine Angebote für den Wechsel des Messstellenbetreibers existierten.⁴⁷

11. Juli 2006 GPKE

Die Bundesnetzagentur beschließt die Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate zur Abwicklung der Belieferung von Kunden mit Elektrizität (GPKE). Die GPKE gibt die Geschäftsprozesse und Datenformate für die Anbahnung und Abwicklung der Netznutzung bei der Elektrizitätsbelieferung von Endverbrauchern vor. U.a. werden die Prozesse Lieferantenwechsel, Lieferbeginn, Lieferende, Zählerstand- und Zählwertübermittlung, Stammdatenänderung detailliert angeführt.

2. Februar 2007 Neues Eichgesetz

Durch Änderung des Eichgesetzes, der Eichordnung und der Richtlinie zum Eichen von Messgeräten wird die europäische Messgeräte Richtlinie [2004/22/EG] MID (Measuring Instruments Directive) in deutsches Recht umgesetzt. Sie sollte bis zum 30.04.2006 umgesetzt sein und war von daher verspätet. Es ist ein Über-

⁴⁷ vgl. Rehtanz C., 2009

gangszeitraum von zehn Jahren ab dem 30.10.2006 für Messaufgaben, für die ein gesetzlich kontrolliertes Messgerät vorgeschrieben ist, vorgesehen.⁴⁸

28. August 2007 GeLi Gas

Die Bundesnetzagentur (BNA) liegt die „Einheitlichen Geschäftsprozesse für den Lieferantenwechsel im Gassektor“ (GeLi Gas) fest.

18. Juni 2008 Zweites Deutsches Klimapaket

Deutschland beschließt sein zweites Klimapaket und will damit die EU-Energieeffizienzrichtlinie [2006/32/EG] leicht verspätet in nationales Recht umsetzen. Die Frist der Europäischen Union war der 17.05.2008. Es umfasste sieben Gesetzesentwürfe und Verordnungen zur „Steigerung der Energieeffizienz“. Interessanterweise findet man auch Regelungen zum Zähl- und Messwesen in diesem Klimaschutzpaket. Neben der bisherigen Behandlung als Objekt der Liberalisierung zur Schaffung von Wettbewerb wird der Bereich nun als grundlegende Maßnahme für gezielte Energieeinsparung betrachtet. Es folgen entsprechende Gesetze noch im selben Jahr.

9. September 2008 Gesetz zur Öffnung des Messwesens & §21b EnWG

Die Fehler der zweiten Energierechtsnovelle werden überarbeitet und die Entwürfe und Verordnungen des zweiten deutschen Klimapakets eingearbeitet. Neben dem Messstellenbetrieb wird nun auch die Messung liberalisiert und damit eine sinnvolle Lücke für einen neuen Markt geschaffen. Die Messstellenzugangsverordnung (MessZV) schafft Detailregelungen zur Standardisierung der Geschäftsprozesse und regelt das Verhältnis der im Betrieb und der Ablesung der Messstelle Beteiligten untereinander.

Für den Endverbraucher von Bedeutung: Ab sofort darf auch auf Wunsch des Anschlussnutzers (Mieter) und nicht mehr nur auf Wunsch des Anschlussnehmers (Vermieter) gemäß §21b Abs. 2 EnWG ein Dritter mit der Funktion des Messstellenbetreibers oder mit der Funktion des Messdienstleisters betraut werden. Der Wunsch ist in Textform gegenüber dem Netzbetreiber oder dem Dritten zu äußern. Bei Mietverhältnissen bedarf es zum Einbau eines anderen Zählers die Zustimmung des Vermieters gemäß §§ 535, 536, 242 BGB. Der Vermieter darf die Zustimmung jedoch nicht ohne sachlichen Grund verweigern. Ein sachlicher Grund für den Vermieter ist üblicherweise nicht feststellbar.

Außerdem sollen dem Endkunden zukünftig ausreichende und zweckdienliche Informationen über den individuellen Verbrauch gegeben werden. Dazu sollen ab dem 01.01.2010 dem Kunden entsprechende Messgeräte angeboten werden. Auch in Neubauten oder bei umfangreichen Renovierungen sollen neue Geräte zum Einsatz kommen, „die dem jeweiligen Anschlussnutzer den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegeln“ unter der Prämisse

48 vgl. Rehtanz C., 2009

„Soweit dies technisch machbar und wirtschaftlich zumutbar ist“ (vgl. §21b Abs. 3a EnWG).

Selbiger Vorbehalt gilt für neue Tarife, die „einen Anreiz zu Energieeinsparung oder Steuerung des Energieverbrauchs setzt“(...) insbesondere lastvariable oder tageszeitabhängige Tarife“ (vgl. §40 Abs. 3 EnWG) die spätestens bis zum 30.12.2010 angeboten werden müssen. Außerdem erhält der Kunde das Recht auf monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Abrechnung.

1. Januar 2009 zweite EEG-Novellierung

Die Novellierung 2009 hat das Ziel, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf einen Anteil von mindestens 30 % zu erhöhen (§ 1 Abs. 2 EEG). Zudem sind die Netzbetreiber nun ausdrücklich nicht nur zum Netzausbau, sondern auch zur Optimierung und Verstärkung vorhandener Netze verpflichtet.

Zur Regelung von Engpässen bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien wurde ein Einspeisemanagement vorgeschrieben, das für Anlagen mit einer Leistung ab 100 KW technische Einrichtungen zur laufenden Erfassung der eingeleiteten Strommenge durch den Netzbetreiber und die Möglichkeit einer vorübergehenden Beschränkung der Einspeisung vorsieht, wobei die betroffenen Anlagenbetreiber vom Netzbetreiber für den Ausfall zu entschädigen sind (§§ 11, 12 EEG).

1. Januar 2010

Messstellenbetreiber sollen ab sofort Geräte anbieten, „die dem jeweiligen Anschlussnutzer den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegeln.“ Diese Beschreibung trifft allgemein auf die als **Smart Meter** bezeichneten Messgeräte zu.

Des Weiteren tritt ein neuer Ausgleichsmechanismus für EE-Strom in Kraft. Der in die Netze der öffentlichen Verteil-Netzbetreiber eingespeiste und von diesen an die Übertragungs-Netzbetreiber weiterzuleitende EEG-vergütete Strom musste bisher von diesen wiederum physikalisch und finanziell – entsprechend ihrer Marktanteile – unter den Stromversorgungsunternehmen aufgeteilt werden. Die Stromversorgungsunternehmen waren verpflichtet den Strom abzunehmen und zu vergüten, um damit dann anteilig ihre Kunden zu beliefern. Dies führte insbesondere bei kleinen und mittleren Stromvertriebsunternehmen zu Mehrkosten.

Die Verordnung [16/13188]⁴⁹ der Bundesregierung über die Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus sieht vor, dass Strom zukünftig nicht mehr physikalisch an die Vertriebsunternehmen weitergegeben werden muss. Diese sind umgekehrt auch nicht mehr zur Abnahme und Vergütung verpflichtet (§37 Abs.1

49 vgl. Bundestag Verordnung 16/13188, Ausgleichsmechanismus, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/131/1613188.pdf>, (Stand: 20.07.2011)

EEG). Auch das der Strom nicht unterhalb der durchschnittlichen EEG-Vergütung verkauft werden darf entfällt (§37 Abs.5 EEG).

Von der Umstellung des Ausgleichsmechanismus erhofft sich der Gesetzgeber, dass künftig Strom aus erneuerbaren Energien effizienter, kostengünstiger und in einem transparenteren Verfahren an die Verbraucher gelangt.

30. Dezember 2010

Frist zum Anbieten von lastvariablen oder tageszeitabhängigen Tarifen für Endkunden nach §40 Abs. 3 EnWG

30. Juni 2011 EEG-Novelle 2012

Verabschiedung der EEG-Novelle 2012 durch den Deutschen Bundestag. Aufgrund des Umdenkens durch die Atomkatastrophe in Japan (Fukushima) Anfang 2011 hat die Bundesregierung ein neues Energiekonzept beschlossen, das die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien erheblich ausbauen soll. Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien soll bis 2020 auf mindestens 35 %, bis 2030 auf mindestens 50 %, bis 2040 auf mindestens 65 % und bis 2050 auf mindestens 80 % steigen.

Bis 2012

Die Deutschen Modellregionen sollen ihre Erkenntnisse offenlegen, daraus soll bis 2013 ein erster Gesetzesentwurf gebildet werden.

30. Oktober 2016

Ende des Übergangszeitraums für Messgeräte für den Einsatz bei Messaufgaben, für die ein gesetzlich kontrolliertes Messgerät vorgeschrieben ist.

Derzeit im Entwurf: Energieeffizienzgesetz (EnEfG)

Es dient der Umsetzung der Energie-Dienstleistungs-Richtlinie (EDL) [2006/32/EG] in nationales Recht. Es beinhaltet eine Änderung des §21b Abs. 3b EnWG. Kriterien der technischen Machbarkeit und der Kostenwirksamkeit sind danach nicht mehr vorgesehen. Des Weiteren soll der Einbau der intelligenten Zähler bei jedem Ersatz erfolgen.

Falls kein Messstellenbetreiber oder Messdienstleister zur Auswahl steht, greift die Grundversorgungszuständigkeit des Netzbetreibers. Diese Zuständigkeit trifft auch im Falle der Vertragsbeendigung mit dem MSB/MDL, solange kein Nachfolger bereitsteht, zu. Potenzielle MSB's müssen die technischen Mindestanforderungen und die Mindestanforderungen in Bezug auf Datenumfang und Datenqualität, die der Netzbetreiber für sein Netzgebiet vorsieht, einhalten.

Aus Sicht des Endverbrauchers sind zwei Arten von Verträgen zu unterscheiden (siehe Abbildung 2-2):

- Primärverträge sind Verträge, die zwischen Anbieter und Verbraucher geschlossen werden.
- Sekundärverträge sind Verträge, die zwischen den Anbietern von Primärverträgen (MDL, MSB und Energielieferant) und dem Netzbetreiber bestehen.

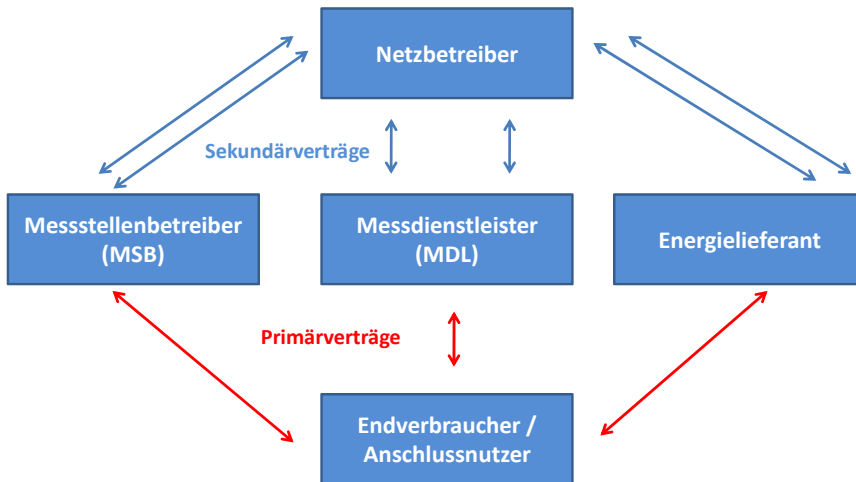


Abbildung 2-2: Vertragsbeziehungen Energiemarktteilnehmer

Von entscheidender Bedeutung im Rahmen des Wechsels von Primärverträgen ist der Datenaustausch. Der Datenaustausch hat elektronisch in einem einheitlichen Format stattzufinden. MDL und Netzbetreiber sind zur gegenseitigen Datenübermittlung und zur direkten Übermittlung an Energielieferanten, Netznutzer, Anschlussnutzer und weitere interessierte Dritte (Behörden u.a.) verpflichtet (§ 4 Abs. 1 Nr. 4 MessZV). Die Festlegung einer eindeutigen Verantwortung für die Datenübermittlung findet sich in der Bestimmung nicht. Der Messdienstleister ist jedoch verpflichtet, die von ihm ausgelesenen Zählerdaten an den Netzbetreiber zu den Zeitpunkten zu übermitteln, die dieser zur Erfüllung eigener Verpflichtungen vorgibt.

Smart Energy

Von der reaktiven Kundenverwaltung zum proaktiven
Kundenmanagement

Aichele, C.

2012, XXIII, 273 S. 139 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-8348-1570-5